

Kommunikation und Gesellschaft

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Der Filmberater**

Band (Jahr): **30 (1970)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommunikation und Gesellschaft

Bericht von den Südtiroler Hochschulwochen, 13. bis 24. September 1970, Bozen

Das Thema der 17. Südtiroler Hochschulwochen, zu denen sich mehr als 150 Teilnehmer aus verschiedenen Ländern einfanden, ist so aktuell und mit so vielen Problemen befrachtet, dass es mehr als genügend Stoff zur Auseinandersetzung gab für diese zwölf Tage. Dies zeigt die breite Fächerung der Einzelthemen: Kommunikation in der heutigen Gesellschaft — Die Nachricht und die Wirklichkeit — Kommunikation und Informatik — Technische Aspekte der Zukunft der Massenmedien — Öffentliche Meinung — Demokratie und Informationsfreiheit — Manipulation — Konzentration und Missbrauch publizistischer Macht — Modelle für innere Pressefreiheit — Massenmedien und personaler Einfluss — Massenmedien und Völkerverständigung.

In verschiedenen Arbeitskreisen wurden folgende Fragen beleuchtet: Presse im Südtirol — Kirchliche Öffentlichkeitsarbeit im Südtirol — Zeitkritik und Gesellschaftskritik im Film — Kommunikation und Informatik — Fernsehversorgung in den Alpenländern.

In besondern Praktika schliesslich wurden Übungen durchgeführt für Fernseh-Journalismus, Fernseh-Interview und -Diskussion.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Auseinandersetzung mit dem Thema vielseitig und fruchtbar war. Dass auch hier nicht alle Probleme gelöst werden konnten, liegt auf der Hand. Das Thema erhielt im Südtiroler Kulturraum eine wackere Prise politischer Brisanz.

Im folgenden sei auf einige der wichtigsten Referate hingewiesen.

Kommunikation in der heutigen Gesellschaft

Prof. Dr. Otto Roegele, München

Vor allem das neue Medium Fernsehen hat die Diskussion um die gesellschaftspolitischen Fragen aufgeheizt, weil nach der Erfindung des Autos keine technische Neuerung das gesellschaftliche Leben so stark verändert hat wie das Fernsehen. Nicht nur die mit dem Fernsehen aufwachsenden Kinder werden beeinflusst, auch auf die Politik wirkt das ausgestrahlte Programm, wie die Telekratie Frankreichs zur Zeit de Gaulles oder die Veröffentlichungen über Vietnam belegen können. Die Auswirkungen der vermehrten Information treffen vor allem die offene Gesellschaft, währenddem in einer geschlossenen Gesellschaft die Zensur einschränken und damit lenken kann. Angesichts der breiten politischen Information mit dem Anspruch auf hohen Wirklichkeitsgehalt, wie es vor allem das Fernsehen vorgibt, wird das Gefühl der Ohnmacht aufkommen, Ohnmacht gegenüber dem gesteigerten Informationsangebot, und zwar gesteigert in Menge und Intensität. Aus diesem Gefühl heraus wurde der Begriff Manipulation zum Leitwort der Epoche.

Der Referent weist dann hin auf das steigende Bedürfnis nach Lokalinformation, welches von der Presse befriedigt werden könnte. Neben dem Aspekt der immer grösser werdenden Beweglichkeit ist als Problem der Zukunft die Freiheit zu nennen. Gerade hier müssten sich die Massenmedien den Wünschen des Publikums anpassen.

Nach der Tabu-Befreiung ist die Gesellschaft hilfsbedürftig geworden, weil sie nun vielfach ohne Führung ist. Die eigentliche Spannung zwischen Massenkommunikation und Gesellschaft zeigt einen Nachholbedarf, weil die gesellschaftlichen Kräfte es unterlassen haben, sich mit den Massenmedien gründlich auseinanderzusetzen. Heute ist die Gesellschaft endlich gezwungen, über eine Kommunikationspolitik nachzudenken. Im Referat wird aufgezeigt, dass zwischen Herrschaftsordnung und Kommunikationsordnung eine Wechselwirkung besteht. Ein Gemeinwesen kann nur dann gut funktionieren, wenn die beiden Ordnungen einander entsprechen und die anfallenden Probleme bewältigen. Der freiheitliche Rechtsstaat ist angewiesen auf das Kräftespiel, an dem sich alle Bürger beteiligen sollen. Denn im Kommunikationsprozess soll sich aus den verschiedenen Partikularwillen ein übergeordneter Wille herausbilden.

Professor Roegele betont, dass heute nicht die Falschmeldung das Gefährliche sei, sondern das Verdrängen des Wichtigen durch das Unwichtige. Es geht heute nicht so sehr um die Informationsfreiheit im quantitativen Sinn, um die Gefahr eines staatlichen Eingriffs, sondern um den Schutz des Einzelnen vor der Flut unwichtiger Informationen. Die Hauptgefahr ist die Absättigung durch ein Überangebot von Unbrauchbarem (polierter Quatsch). Es sollte ein Bezugssystem geliefert werden, in dem Hilfe zum Einordnen und Verstehen gegeben wird.

Die Nachricht und die Wirklichkeit

Dr. Klaus von Bismarck, Intendant des WDR, Köln

Die Nachricht bezieht sich auf ein Faktum, wobei das Faktum nur ein Teil der Wirklichkeit, das heisst bereits präpariert, also manipuliert ist. Als Zielsetzung einer verantwortlichen Nachrichtengebung schlägt er vor: So informieren, dass der Einzelne eine Entscheidung treffen kann und Impulse bekommt zum verantwortlichen Handeln. Es können nur Zielvorstellungen sein, wenn der informationsbedürftige Konsument von den Medien eine aktuelle, umfassende und objektive Information verlangt, denn jede Nachricht unterliegt einer Kette von subjektiven Arbeiten. In diesem Sinne ist eben alles manipuliert, wenn man dies wörtlich nimmt als handhaben, steuern. Bismarck fordert deshalb eine Schulung der Jugend zum «konstruktiven Misstrauen».

Für die Zukunft macht er drei Vorschläge für den europäischen Raum:

1. Das öffentliche Fernsehen gibt die Unterhaltung mehr der Kassette ab und bietet mehr Nachrichten.
2. Es soll ein Zentralinstitut, welches nicht kommerziell betrieben werden darf, geschaffen werden zum Speichern von Nachrichten, abrufbar durch Computer.
3. Über einen Fernseh-Europa-Stern (Satellit) sollen die Sendungen den verschiedenen Ländern zugespielt werden. Dann könnten auch europäische Nachrichten-Pakete in andere Kontinente gesandt werden und umgekehrt, ein Schritt zur Völkerverständigung.

Öffentliche Meinung und Demoskopie

Dipl. Sozialwirt Rüdiger Schulz, Allensbach-Institut, Mainz

Da öffentliche Meinung ein überall wirksames, aber nicht greifbares, ein vielgestaltiges und überraschendes Wesen ist, das sich wandelt und entschlüpft, ist es bis jetzt nicht gelungen, eine Begriffsbestimmung zu geben.

Ein Rückblick auf die Geschichte zeigt, dass erstmals vor der Französischen Revolution öffentliche Meinung als Macht empfunden worden ist. Später meinte man, nur die intelligenten und sachlich informierten Bürger seien Träger der öffentlichen Meinung, bis man einsah, dass es den reinen homo politicus nicht gibt.

Man könnte sagen, dass öffentliche Meinung das Wechselwirkungsprodukt zahlreicher Faktoren ist, die im soziokulturellen Umfeld mit unterschiedlichem Gewicht am Meinungsbildungsprozess mitwirken. Die öffentliche Meinung steht nicht fix da, sondern kristallisiert sich erst, wenn irgendein Problem zur Diskussion steht. Und hier sind die Massenmedien stark beteiligt. Sie können Spiegel der öffentlichen Meinung sein, oder aber ihr Impulse geben und sie aktiv gestalten. Öffentliche Meinung ist eine öffentlich wirksame Kraft, die in Beziehung zur Herrschaft verstanden wird. So ist es unabweisbar, dass ein Politiker, bewusst oder unbewusst, die öffentliche Meinung miteinkalkuliert. Öffentliche Meinung ist für den Politiker nur ein Faktor unter andern; dass aber die meisten Parteistrategen sich demoskopisch beraten lassen, zeugt vom Stellenwert dieser Macht. Keine demokratische Regierung kann auf die Dauer die öffentliche Meinung missachten. In diesem Sinne wird eine Meinungsum-

frage zum informellen politischen Mitspracherecht, wo sich jeder als Sprachrohr der öffentlichen Meinung geben kann. Man muss sich dabei bewusst sein, dass eine demoskopische Umfrage nur eine zeit- und raumbundene Reaktion auf eine bestimmte Reizfrage ist. Darin sind auch ihre Grenzen zu sehen. Ausserdem kommt nicht klar zum Ausdruck, ob die Antwort einer vagen Stimmung oder einer ausgewogenen Meinung entspricht.

Meinungsumfragen werden von der Regierung dazu benützt, um Meinungen zu erforschen, um die Resonanz auf Gesetze im voraus zu testen. Hier taucht die Streitfrage auf, ob die Ergebnisse einer Meinungsumfrage vor der Wahl veröffentlicht werden sollen. Im Sinne der Informationsfreiheit des mündigen Wählers wurde dies bejaht.

Um die manipulative Wirkung von Umfragen und deren Ergebnissen zu verringern, wird eine gründlich überlegte und getestete Methode vorgeschlagen, und vor allem die Konkurrenz von mehreren Umfragen gewünscht. Es werden auch langfristige Untersuchungen gefordert. Vor allem liegt die anhaltende Wirkung der Massenmedien noch im Dunkeln.

In der Diskussion wurde auf die Schwächen einer Meinungsumfrage hingewiesen: Public Relations im grossen Stil, Auftragsarbeit, verschiedenartige Fragesteller (es gibt keine ideologiefreie Frage!), Missbrauch der Ergebnisse.

So ist es erklärlich, dass die breite Öffentlichkeit den Umfragen mit Misstrauen begegnet.

Demokratie und Informationsfreiheit

Prof. Thomas Fleiner, Freiburg CH

Ein demokratischer Staat kann ohne Kommunikation nicht leben. So wird auch der Informationsfluss zur Lebensnotwendigkeit. Ein Staat, der Angst hat, Informationen zu geben, oder solche vom Volk oder von aussen zu empfangen, ist totalitär, autoritär. Jede gut organisierte Führung (Verwaltung) beruht auf einem gut organisierten Informationsapparat.

Das Recht auf Information lässt sich aus dem Grundrecht ableiten, weil sie eingebettet ist in die Freiheit der Meinungsäusserung. Das deutsche Verfassungsgericht betont sogar, dass die Informationsfreiheit so wichtig sei, dass sie auch gewährt werden müsse, wenn sich die Information gegen den Staat richtet. Denn eine ausführliche Information helfe mit, politische Entscheidungen zu treffen.

Professor Fleiner stellte fest, dass der Staat für die Wahrung der Informationsfreiheit drei Aufgaben hat, nämlich hindernd eingreifen, wenn es ums Persönlichkeitsrecht geht, fördernd eingreifen, um Raum zu schaffen für eine freie Meinungsäusserung, und leistend eingreifen, indem er selber informiert.

Für die Informationsfreiheit zeigt er drei Komponenten auf:

1. Individualrecht: Information ist ein Existenzelement des Einzelnen.
2. Als Funktion der Demokratie: Durch die Information stehen Staat und Volk in einem Regelkreis. Es wird betont, dass das Freiheitsrecht in ein Sozialrecht übergehen muss. Die Gesetze sollen Freiheitsgarantie, nicht Freiheitsbeschränkung beinhalten.
3. Der Rechtsschutz des Einzelnen kann durch weitgehende Information verbessert werden.

Professor Fleiner gibt dann der Überzeugung Ausdruck, dass der Informationsfreiheit drei Schranken gesetzt sind:

1. Das Staatsgeheimnis, wenn es um die Erhaltung des Staates geht.
2. Das Amtsgeheimnis, das als Ziel die Funktionstüchtigkeit der Verwaltung hat.
3. Vor allem das Persönlichkeitsrecht ist im Informationsfluss ausserordentlich gefährdet, so dass darauf geachtet werden muss, dass die Person im vollen Sinne geschützt bleibt.

Zum Schluss fordert er in der Schule eine Ausbildung der Person und die Erziehung zur selbstkritischen Meinung. Das Thema Information gehört in die Schule, um den Heranwachsenden eine Hilfe zu bieten gegenüber den Meinungsmachern. Zum Schluss wird die plurale Information, vor allem die Gegendarstellung gefordert, da es nicht möglich ist, zwischen wahrer und falscher Information, zwischen manipulierter und nichtmanipulierter Information zu unterscheiden.

Missbrauch publizistischer Macht

Prof. Dr. Franz Ronneberger, Nürnberg

Um den Missbrauch publizistischer Macht aufzudecken, schlägt Professor Ronneberger die wichtigsten analytischen Gesichtspunkte vor, um die Leistungen oder Fehlleistungen der Massenkommunikation zu erkennen.

Alle Massenmedien gehören zu den feinsten Instrumenten der modernen Industriegesellschaft, weil sie auf subtile Art auf jeden Wandel im Bewusstsein oder in der Struktur reagieren. Wenn die Leistungen der Massenkommunikation an deren Funktionen gemessen werden sollen, müssen alle Fragen sehr sorgsam angegangen werden.

1. Die gesellschaftlich-publizistische Wirkung im ökonomischen und kommunikativen Bereich geht auf die Fragen hinaus: Ist die Freiheit des Meinungsempfangs beeinträchtigt? Ist die Freiheit der Meinungsäußerung beeinträchtigt?
2. Es ist keineswegs so, wie eine plausible These vorgibt, dass eine Vielzahl der Massenmedien eine Vielfalt der Meinungen bedeutet. Eine einzelne Quelle, welche durch Konzentration unabhängiger wird, kann ebensogut vielfältige Meinungen wiedergeben.
3. Da die Massenmedien eine Widerspiegelung der Meinungen und Einstellungen sind, geben sie die verschiedenen Interessen wieder. Obwohl jedes Interesse (weil als mündig betrachtet) in der Gesellschaft gleiche Berechtigung besitzt, werden in der Realität nicht Einzelinteressen, sondern Blöcke von Interessen, organisierte Interessen, publiziert. Da hier von pluralen Interessen gesprochen werden muss, wendet sich Professor Ronneberger gegen die Erziehungsdiktatur der Zeitungen mit einem einzigen Gesichtspunkt.
4. In bezug auf die Gesellschaft wird gefragt nach der sogenannten Öffentlichkeit, die durch die Massenkommunikation erst hergestellt wird, nach der Unterrichtung über die Interessen von Herrschaft und Gesellschaft gegenseitig.
5. Die Funktionen der Massenkommunikation in bezug auf die gesellschaftlichen Subsysteme zeigen sich in der sozialen Orientierung. Dies bedeutet die Notwendigkeit eines Angebotes von Verhaltensmustern.
6. Die Funktionen der Presse sieht Professor Ronneberger bei der überregionalen Zeitung vor allem meinungsbildend, bei regionalen Zeitungen eher verhaltensbildend, was zwar in der Diskussion auf Kritik stieß.
7. Das Verhältnis Verleger — Redaktion ist im Entscheidungsprozess zu überprüfen, der grob in ein generelles Entscheidungsprogramm und in Einzelfallentscheidungen unterteilt werden könnte.
8. Fehler im Kommunikationsprozess, etwa was die Erwartungen des Publikums betrifft, könnten in einem Rückkopplungsprozess mit dem Medium ausbalanciert werden.

In der Diskussion wurden viele Einzelfragen zum Informationsdefizit und zum Missbrauch publizistischer Macht aufgerissen: So das Informationsdefizit hinter dem Bambus- oder Eisenvorhang, die Gefahr, dass ein einzelner Korrespondent verschiedene Agenturen beliefert (Bauchladen-Journalismus).

Es wurde betont, dass Pressekonzentration erst gefährlich wird im Verein mit politischer Gleichschaltung; dagegen werden gesetzliche Sicherungen verlangt. Wenn aber durch Konzentration ein Verlag gestärkt wird, finanziell wie personell, ist er im

Prinzip besser imstande, gegen den Druck von Marktinteressen (Werbung) möglichst umfassende Information zu bieten. Selbstverständlich bleibt die Gefahr der Einseitigkeit bestehen.

Wenn auch viele Fragen ungelöst stehen bleiben, warfen die Referate und die Diskussionen doch einiges Licht auf die sehr komplexen Wechselwirkungen der Massenkommunikation.

Paul Hasler

(Ein weiterer Beitrag von Paul Hasler zu einem Thema der Südtiroler Hochschulwochen 1970, «Manipulation — ein Schlagwort der Gegenwart», erscheint im Bulletin der AJF, «Jugend und Bild», Heft 12/70.)

Locarno am Ende?

Bericht zum 23. Internationalen Filmfestival von Locarno

Das Jahr 1970 scheint für Filmfestivals unter einem schlechten Vorzeichen zu stehen: Die Berlinale platzte, Cannes desavouierte sich selbst durch einen für viele unverständlichen Jury-Entscheid, das tschechische Filmschaffen — repräsentiert am Festival von Karlsbad — zeigte deutliche Spuren des eisigen Klimas und am Lido von Venedig herrschte grosse Flaute. Locarno bildete leider keine Ausnahme; obwohl gerade das Tessiner Festival, am Ende der Saison stattfindend und schon aus diesem Grund für viele uninteressant, sich alle Mühe geben sollte, sowohl auf dem Gebiet der Organisation wie auch auf dem der Filmauswahl den zugereisten Filmfreunden Interessantes zu bieten, hat man sich nicht im mindesten darum bemüht, auch nur ein Klima zu schaffen, in dem die geistige Auseinandersetzung mit dem Gesehenen und die Konfrontation der Ideen hätte gedeihen können. Ganz im Gegenteil, man schuf bewusst ein filmkulturelles Getto (wenn man das Gesehene mit gutem Gewissen überhaupt noch als «Film» bezeichnen konnte), scheute sich dann aber nicht — wie Ex-Präsident Dr. Sandro Bianconi das im «Corriere del Ticino» tat —, zu erklären, dass es der Wille der Direktion gewesen sei, «ein Festival zu schaffen, das zu Diskussionen und Konfrontationen anrege und sowohl für das Publikum als auch für die filmkulturell interessierten Kreise eine Informationsgelegenheit bieten solle.» Der eklatante Misserfolg der Veranstaltung ist aber nicht nur in der diesjährigen Auflage der Locarneser Filmschau zu suchen; die Wurzeln liegen tiefer und reichen in die Zeit zurück, als Sandro Bianconi und Freddy Buache — dem immerhin noch das Verdienst zukommt, ausgezeichnete Retrospektiven organisiert zu haben — die Leitung der Veranstaltung übernahmen. Mehr und mehr geriet das Festival — laut Bestimmungen für Werke aller politischen und philosophischen Schattierungen offen — unter eindeutig extremen politischen Druck, was sich in der Folge natürlich auch auf die Auswahl der Filme auswirkte. Von Jahr zu Jahr wuchs das allgemeine Unbehagen; dieses Jahr wurde es so gross, dass sich die angesichts der Entwicklung schon lange gebieterisch aufdrängenden Entschlüsse nicht mehr länger aufschieben liessen und endlich Entscheidungen gefällt wurden — für das Tessiner Festival aber vielleicht zu spät.

Quantität statt Qualität der Auswahl

Von dem, was ihn letzten Endes erwarten sollte, hatte der unvoreingenommene Besucher keine Ahnung, als das Festival am 24. September mit dem bereits in Venedig gelaufenen und in Locarno ausserhalb des Wettbewerbs gezeigten «Szerelmes-Film» (Film d'amour) von Istvan Szabò eröffnet wurde; mit wenigen Ausnahmen standen unbekannte Filme auf dem Programm und kein «Geheimtip» versprach Spannung. 28 Nationen, darunter neun der «Dritten Welt», waren mit rund 80 Langspiel- und Kurzfilmen vertreten — kurz, eine Fülle von Filmen, mit denen ein akzeptables Festi-